

Vorsitzender Tendler verweist auf die sehr umfangreiche Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt. Im Frühjahr 2021 wurde ein Förderpaket des Bundes zur Schulsozialarbeit angekündigt. Leider gebe es hierzu nach wie vor keine weiteren konkreten Angaben hinsichtlich der Finanzierung für die Kommunen.

Herr Meeser berichtet, dass Frau Krämer-Bönisch Bönisch im vergangenen SIGI-Ausschuss als Maßnahme für Kinder und Jugendliche vor allem die Erhaltung und Förderung von Schulsozialarbeit empfohlen hat. Nunmehr werde der Stellenanteil von 3,2 auf 2,4 Sozialarbeiterstellen heruntergekürzt. Dies sei ärgerlich und nicht nachvollziehbar. Er könne dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Die Schulsozialarbeiter brechen der Gemeinde Eitorf verständlicherweise weg, weil sie nur befristete Verträge erhalten. Er beantragt, statt der 2,4 Stellenanteile vielmehr 3,2 Stellenanteile mit einer entsprechend höheren Finanzierung statt der ausgewiesenen 0,6 Stellen zu beschließen. Er bittet den Kämmerer um Finanzierungsvorschläge für die kommende Schulausschusssitzung. Einer Entfristung der Sozialarbeiterstellen stimmt die BfE-Fraktion zu.

Frau Bartak fragt nach der Möglichkeit, Lehrerstellen an den Schulen in Schulsozialarbeiterstellen umzuwandeln.

Herr Hubert erinnert daran, dass die SPD-Fraktion eine Schulsozialarbeit etablieren wollte, die über Jahre hinweg bestehen bleibt. Leider brechen durch die jährlich immer wieder stattfindende Befristung Sozialarbeiterstellen weg. Er berichtet vom Förderprogramm „Aufholen nach Corona“. Hierin sind auch Passagen zur Schulsozialarbeit enthalten. Für die Schulen würden mehr Sozialarbeiterstellen benötigt. Die SPD-Fraktion schließt sich der BfE an und würde den Beschlussvorschlag auf 3,2 Stellen, unter Berücksichtigung entsprechender Förderprogramme, erweitern.

Herr Hubert merkt an, dass im Beschlussvorschlag zur Finanzierung eine Erhöhung der Grundsteuer B vorgeschlagen wird. Dies sei bereits in der Vergangenheit schon einmal erfolgt. Er fragt an, was mit der Grundsteuererhöhung passiert ist, nachdem Stellenanteile weggefallen sind.

Herr Meeser fordert die Verwaltung auf, bei der Kreisverwaltung in Siegburg vorstellig zu werden und auch nach Ausnahmeregelungen hinsichtlich der Finanzierung zu fragen, dass man möglicherweise nicht die Grundsteuer anheben muss. Vielleicht bestehe die Möglichkeit, die Schulsozialarbeit in Eitorf ausnahmsweise als pflichtige Aufgabe anzuerkennen, da in Eitorf schwierige Umstände vorhanden sind.

Herr Strack führt aus, dass in der Verwaltungsvorlage bewusst noch keine Informationen zu Finanzierungsfragen beigefügt waren. Auch hier möchte er ein abgerundetes Meinungsbild zum Erfordernis der Schulsozialarbeit haben.

Die Kommunen warten auf das angekündigte Programm des Bundes. Sein Vorschlag zeige Möglichkeiten auf, wie sich die Gemeinde Eitorf aus dem HSK retten kann. Kämmerer Strack berichtet von aktuellen Gesprächsrunden mit den hoch motivierten Schulsozialarbeitern. Zudem habe er Gespräche mit der Polizei zu den Sachbeschädigungen durch Jugendliche in der Postcoronazeit geführt. Sein Finanzierungsvorschlag sei ein Kompromiss. Wenn Mehrheiten in der Politik andere Stellenzuschnitte für Schulsozialarbeit wünschen, werde er versuchen, dies fiskalisch zu ermöglichen. Ihm sei wichtig, eine Botschaft an die verbliebenen Schulsozialarbeiter zu übersenden.

Auch Dr. Storch schlägt für die FDP-Fraktion vor, bei Punkt 2 des Beschlussvorschlages die Beibehaltung von 2,4 Stellen auf 3,2 Stellenanteile wieder anzuheben.

Nach Meinung von Bürgermeister Viehof sollen die Fachkräfte für Schulsozialarbeit gesicherte berufliche Perspektiven für ihre Tätigkeit erhalten. Bei Beratungen im vergangenen Jahr habe er in der

Bürgermeisterrunde beim Rhein-Sieg-Kreis für eine Beibehaltung von 3,2 Schulsozialarbeiterstellen für die Gemeinde Eitorf geworben. Diese wurden für 2021 auch noch einmal zugesagt. Nach 2020 beantragten weitere Kommunen Schulsozialarbeiterstellen, die bislang keine Schulsozialarbeiter hatten. Bei einer Neuverteilung erhielt die Gemeinde Eitorf zunächst 2,2 Stellen, letztendlich wurden dann 1,8 Schulsozialarbeiterstellen zugebilligt. Bürgermeister Viehof sei hiermit nicht einverstanden gewesen. Die Bürgermeisterrunde ist im Einklang, in nächster Zeit gemeinsam mit dem Städte- und Gemeindebund ein Schreiben an das Ministerium für Schule und Bildung zur Wichtigkeit der Schulsozialarbeiterstellen für die Kommunen zu richten. Er erhoffe sich hiervon eine Problemlösung.

Die Schulsozialarbeit wurde bislang zu 60 % bezuschusst, 40 % muss die Gemeinde Eitorf selbst tragen. Die damalige Anhebung der Grundsteuer, die zur Finanzierung der Schulsozialarbeit eingeplant wurde, ist nicht an anderer Stelle versandet, sondern werde im Bereich Schulsozialarbeit eingesetzt. Weitere finanzielle Mittel werden benötigt, wenn der Stellenanteil von 1,8 Stellen auf 2,4 Stellen erhöht wird, da dann auch ein höherer Sozialarbeiterstellenanteil durch die Kommune finanziert werden muss.

Würde auch die frei gewordene 0,8 Schulsozialarbeiterstelle erneut ohne Übernahmegarantie mit einer Fachkraft besetzt, würde wieder jemand ohne Übernahmegarantie beschäftigt. Die Verwaltung habe daher den Vorschlag erarbeitet, lieber beständig 2,4 Stellen mit der Option auf eine Übernahmegarantie zu besetzen.

Überdies habe die Verwaltung erwogen, die Schulsozialarbeit nicht bewusst zu kürzen und die finanziellen Belastungen im Rahmen zu halten. Die Verteilung der Fachkräfte zwischen den Schulen soll in einer Weise erfolgen, dass die Schulsozialarbeit an allen Schulen ihre Wirkung entfaltet.

Vorsitzender Tandler fasst zusammen, dass das Land Schulsozialarbeit verstärkt finanzieren sollte, weil sich die Kommunen dies auf Dauer nicht leisten können.

Auch nach Meinung von Frau Droppelmann sollte die Finanzierung der Schulsozialarbeit nicht durch Kommunen gestellt werden müssen. Diese Aufgabe müsste eigentlich auf Landesebene finanziert werden. Momentan ist das nicht der Fall. Daher muss die Politik überlegen, wie hier vor Ort weiter verfahren wird. Glücklicherweise habe die Gemeinde Eitorf engagierte Schulsozialarbeiter, die bereit sind, unter den bisherigen Konditionen tätig zu sein. Auch sie ist nicht bereit, eine Absenkung auf 2,4 Stellen hinzunehmen. Nach einer erfolgten Kürzung sei es hinterher schwierig, wieder eine Erhöhung vorzunehmen. Auch am Standard dürfe nicht gekürzt werden. Nach Corona seien Schulsozialarbeiter mehr denn je gefragt und von größerem Nutzen als je zuvor.

Dr. Storch regt an, ein Anschreiben der Bürgermeisterrunde sowohl an das Ministerium für Schule und Bildung als auch an das Finanzministerium zu richten. Dr. Storch merkt an, dass die FDP-Fraktion den Konsens im Schulausschuss ausdrücklich mitträgt. Wo Möglichkeiten zur Entfristung durch das Ende des Haushaltssicherungskonzeptes bestehen, wünscht sich seine Fraktion, auch entsprechend zu verfahren.

Dr. Storch formuliert folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Schulausschuss wünscht für die Jahre ab 2022 eine Beibehaltung des heutigen Stellenanteils von 3,2.
2. Der Schulausschuss bittet den Hauptausschuss zu entscheiden, ob und welche Möglichkeit es gibt, eine dafür notwendige Refinanzierung der zusätzlich benötigten Stellen zu schaffen.

Nunmehr stellt Vorsitzender Tandler folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung: